



Kommunalwahl 2016

BUND-Befragung der Parteien/Spitzenkandidatinnen und -kandidaten

Heppenheim, 25. Januar 2016

Sehr geehrte/r ...

kommunale Entscheidungen beeinflussen den Umgang mit den natürlichen Ressourcen und haben Auswirkungen auf den Schutz von Natur und Umwelt.

Bei der Kommunalwahl geht es auch darum, ob und wie der Kreis Bergstraße langfristig die Lebensgrundlagen der Bürger/innen sicherstellen kann.

Der BUND Bergstraße möchte, dass Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachen Umwelt und Naturschutz vorangehen.

Deshalb haben wir drei konkrete Bereiche exemplarisch für **Umweltschutz, Naturschutz und Energiewende** ausgewählt, zu denen wir Sie um Ihre Positionierung bitten:

1. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie ihre Kommune zur Energiewende-Kommune mit Kraft-Wärme-Kopplung!

In der Diskussion um die Energiewende besteht allgemeiner Konsens, dass Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten kann und muss. Durch effiziente Energienutzung, werden die CO₂-Emissionen und der Energieverbrauch gesenkt, insbesondere dort wo derzeit bis zu 60 % der Primärenergie als ungenutzte Abwärme verloren gehen, z. B. in konventionellen Kondensationskraftwerken. KWK kann in vielen Größenklassen und mit verschiedenen Brennstoffen betrieben werden und stellt die Verbindung zwischen Stromwende und Wärmewende her. Durch KWK kann flexibel Strom erzeugt und fluktuierende Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ausgeglichen werden. Verbunden mit systemdienlicher Eigenstromerzeugung können Stromnetze entlastet, der Netzausbau auf das erforderliche Maß reduziert und die Modernisierung des Heizungsbestandes vorangetrieben werden

Potentiale für einen Ausbau der KWK sind vorhanden – zahlreiche Studien haben dies aufgezeigt. In vielen kommunalen Heizungsanlagen in Rathäusern, Kindergärten, Schulen, Stadthallen, Betriebshöfen, Schwimmbädern usw. sowie in Heimen und Krankenhäusern können KWK-Anlagen wirtschaftlich eingesetzt werden.

Sie können sich dafür einsetzen, dass viele dieser KWK-Anlagen in kommunalen Gebäuden eingebaut werden und dass ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Gewerbetreibenden Beratung angeboten wird. Der BUND unterstützt dieses Ziel mit einer eigenen KWK-Informationenkampagne.

2. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

Der aktuelle Flächennutzungsplan (FNP) erlaubt jeder Gemeinde eine – nach Maßgabe der Regionalversammlung – ausreichende Erschließung neuer Flächen. Bereits dieser Flächenverlust ist nach Ansicht des BUND zu hoch, und doch beobachtet der BUND, dass Kommunen Flächenansprüche sogar über das Maß des FNP hinaus beanspruchen.

Baumaßnahmen gehen in aller Regel zu Lasten der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind eine endliche Ressource, deren Verbrauch durch Versiegelung nicht nachhaltig ist. Dieser Landfraß erfolgt auf Kosten künftiger Generationen, aber auch immer mehr zu Lasten der Menschen auf der Erde, die unter Hunger leiden.

Daher fordert der BUND von den Kommunen, sich strikt an die Vorgaben des FNP zu halten und darüber hinaus keine Flächen zu versiegeln.

3. Verbessern Sie die Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen!

Die von Kommunen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen dienen der Erhaltung der naturräumlichen Leistungsfähigkeit, wenn Baumaßnahmen zu Eingriffen in die Natur führen. Dabei hat die Kreisverwaltung die Aufgabe, die Durchführung und dauerhafte Pflege der Maßnahmen aktiv zu kontrollieren.

Nach Ansicht nicht nur des BUND kommt die Verwaltung dieser Aufgabe nicht ausreichend nach. Sie kontrolliert die Kommunen nicht aktiv, sondern reagiert bestenfalls auf entsprechende Hinweise. Doch selbst dann werden wegen mangelnder Personalausstattung nicht alle Hinweise zeitnah bearbeitet.

Der BUND fordert, die Verwaltung so auszustatten, dass sie die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen konsequent und vollständig kontrollieren kann und entsprechende Versäumnisse aufgearbeitet werden.

Auf den folgenden Seiten finden Sie unsere Fragen. Bitte senden Sie uns den ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 15. Februar 2016 per Post oder per E-Mail zurück. Die Ergebnisse unserer Befragung werden wir auf unserer Homepage und in der Presse veröffentlichen.

Vielen Dank und freundliche Grüße

Claudia Dirr

BUND Bergstraße

Ludwigstraße 13

64646 Heppenheim

Tel. 06252 5189

E-Mail: bund.bergstrasse@bund.net

Web: www.bund-bergstrasse.de

1. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Bergsträßer Kommunen zu Energiewende-Kommunen mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass im Landkreis Bergstraße viele neue KWK-Anlagen in kreiseigenen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

2. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kommunen des Landkreises nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweisen als es der jeweils aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

- JA auf jeden Fall
 NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

3. Verbessern Sie die Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kreisverwaltung die Durchführung der von Kommunen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen konsequenter als bisher kontrolliert und dass ggf. die Personalkapazität entsprechend angepasst wird?

JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung

Matthias Baaß

Privat:

Kurt-Schumacher-Allee 8
68519 Viernheim
Tel/Fax (06204) 72613

Abs. Matthias Baaß, 68519 Viernheim

BUND Bergstraße
Frau Claudia Dirr
Ludwigstraße 13
64646 Heppenheim

Viernheim, den 08. Februar 2016

Kommunalwahl 2016; BUND-Befragung der Parteien/Spitzenkandidatinnen und -kandidaten

Sehr geehrte Frau Dirr,

Ihre Fragen beantworte ich wie folgt:

1. FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass im Landkreis Bergstraße viele neue KWK-Anlagen in kreiseigenen und anderen Gebäuden eingebaut werden?

JA

2. FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kommunen des Landkreises nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweisen als es der jeweils aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?


Pauschal lässt sich dies nicht mit Ja oder Nein und dem Bezug auf die FNPs beantworten. Die FNPs bilden -in beiden Richtungen- nicht unbedingt den zeitnahen Stand der Entwicklung ab.

Die Grundtendenz der Landesplanungen in der Rhein-Neckar-Region gibt vor, dass es eher ein Zurückschrauben der Flächenbedarfe in den FNPs geben wird. In der Zuzugsregion Rhein-Neckar wird man aber in jedem Ort sehr genau schauen müssen, was sinnvoll ist.

3. FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kreisverwaltung die Durchführung der von Kommunen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen konsequenter als bisher kontrolliert und dass ggf. die Personalkapazität entsprechend angepasst wird?

JA

Mit freundlichen Grüßen


Matthias Baaß

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, GRÄFFSTRASSE 11, 64646 HP

An den
BUND Bergstrasse
Frau Claudia Dirr
Ludwigstrasse 13
64646 Heppenheim

KREISGESCHÄFTSSTELLE

Evelyn Berg
Kreisvorstandsvorsitzende
Thilo Figaj
Kreisvorstandsvorsitzender
Manfred Schäffer
Kreisschatzmeister

Gräffstraße 11
64646 Heppenheim
Tel: +49 (06252) 6735595
mail@gruene-bergstrasse.de
www.gruene-bergstrasse.de

Heppenheim, 16.02.2016

**Beantwortung der BUND-Befragung zur Kommunalwahl 2016
Kommunalwahl 2016 / BUND-Befragung der Parteien / SpitzenkandidatInnen**

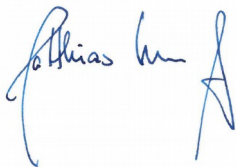
Sehr geehrte Frau Dirr,

anbei übersende ich Ihnen die erbetene Beantwortung der von Ihnen übermittelten Fragen.

Die Beantwortung erfolgt in der gebotenen Kürze. Weitere Informationen finden Ihre Mitglieder in unserem Wahlprogramm unter www.gruene-bergstrasse.de.

Ich bitte die etwas verspätete Beantwortung zu entschuldigen, hier lag ein Missverständnis zwischen Frau Berg und mir vor.

Mit freundlichen Grüßen und für Ihre Mühe dankend,



Matthias Schimpf

Antworten:

Zu 1. Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung in kommunalen Gebäuden

Antwort:

Ja, auf jeden Fall.

Begründung:

Wir haben uns schon in der abgelaufenen Wahlperiode dafür eingesetzt und dafür gesorgt, dass in den Liegenschaften des Kreises im Rahmen von Sanierungen und Neu-

Bankverbindung:

Bank: Sparkasse Bensheim, BIC: HELADEF1BEN, IBAN: DE 41 509 500 68 000 206 09 45

bauten der kreiseigenen Liegenschaften (Schulgebäude) neben dem Einsatz regenerativer Energien auch energieeffiziente Technik verwandt wird. Neben diesem Einsatz moderner Technologie setzen wir weiterhin auf „Verbrauchsvermeidung“, also „Energie sparen“, da ein bewusster und sparsamer Umgang mit Energie ebenso zur Energiewende und zum Schutz des Klimas gehört. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der „Energieagentur“ der Wirtschaftsförderung Bergstraße auch weiterhin ein anbieterunabhängiges Beratungsangebot im Kreis erhalten bleibt und in Kooperation mit den Kommunen ausgebaut wird.

Zu 2. Landfraß begrenzen

Antwort:

Ja, auf jeden Fall.

Begründung:

Wir weisen regelmäßig darauf hin, dass -bevor neue Flächen erschlossen werden- zunächst zu prüfen ist, ob andere, schon erschlossene Flächen genutzt oder umgenutzt werden können. Gerade im Bereich der Ausweisung neuer Gewerbeflächen oder bei Ansiedlungswünschen von Unternehmen sollte über Gelände-Effizienzen im Bestand nachgedacht werden und eine „Vorrangprüfung“ stattfinden.

Zu 3. Verbesserung der Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen

Antwort:

Ja, auf jeden Fall.

Begründung:

Grundsätzlich sind die Städte und Gemeinden und nicht der Landkreis verantwortlich für die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen für die durch Bebauungspläne in Anspruch genommenen versiegelten Flächen.

Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) hat nicht die Befugnisse, die Umsetzung dieser Maßnahmen formalrechtlich bei den Gemeinden einzufordern. Dies gelänge ggf. nur über die Kommunalaufsicht.

Es ist ein Ärgernis, dass viele Kommunen bei der Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen sehr zögerlich sind und viele Maßnahmen nur schleppend angegangen werden, obwohl der auszugleichende Eingriff schon vorgenommen wurde.

Vor dem Hintergrund, dass es im Kreis Bergstraße ca. 1600 Bebauungspläne gibt, ist es aufgrund der in der Vergangenheit durch das Regierungspräsidium Darmstadt verhängten Auflagen zur Haushaltskonsolidierung nicht möglich gewesen, die Stellenanteile zu erhöhen, so dass eine stringente Überwachung nicht leistbar war. Allerdings wurden die Hinweise und Stellungnahmen im Rahmen der Bauleitplanungen gegenüber den Kommunen von Seiten des Landkreises gerade hinsichtlich Landschaftsverbrauch und Schaffung von Ausgleichsmaßnahmen qualitativ und quantitativ deutlich spezifiziert, was „vor Ort“ zu einer erhöhten Sensibilität bei den EntscheidungsträgerInnen geführt hat. Ziel muss es sein, dass nach Wegfall der haushaltsrechtlichen „Schutzschirmauflagen“ entsprechend im Bereich der Bauaufsicht Stellenanteile geschaffen werden.

Linke - Kreistag Bergstraße

Sehr geehrte Frau Dirr,

vielen Dank für Ihr Interesse an unseren Positionen. Sehr gerne würde ich auch in Zukunft mit Ihnen in Kontakt bleiben und mich mit Ihnen bei Fragestellungen rund um Natur und Umwelt austauschen.

Meine/Unsere Beantwortung Ihrer Fragen:

Frage 1: Setzen Sie sich dafür ein, dass im Landkreis Bergstraße viele neue KWK-Anlagen in kreiseigene und anderen Gebäuden eingebaut werden?

Antwort: Ja, auf jeden Fall

DIE LINKE. setzt sich sehr für die Erhaltung unserer Natur ein und für eine Lösung des Klimawandels. Nicht nur die Erhaltung unserer Umwelt sondern sogar die Verbesserung des Naturbestandes sind wertvolle Ziele, die wir absolut für notwendig halten. KWK-Anlagen helfen dabei ein Stück weit, dass Klima weniger negativ zu belasten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Staat im Rahmen eines Konjunkturprogramms die Anschaffung der Anlagen mit Investitionen unterstützt. Dies würde auch dringend notwendige Arbeitsplätze schaffen und idealerweise zu einem Wachstum hin zu ökologischen Zielen führen.

Frage 2: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kommunen des Landkreises nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweisen als es der jeweils aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?

Antwort: Ja, auf jeden Fall

Angesichts der kommunalen Einkommensausfälle der letzten Jahre und dem von Bund und Länder auferlegten Sparzwanges werden die Kommunen immer weiter in Privatisierungsmaßnahmen oder anderen profitorientierte Maßnahmen getrieben, die sich nicht immer mit ökologischen Zielen deckt. Der ökologische Bestand darf nicht weiter einer neoliberalen Politik geopfert werden.

Frage 3: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kreisverwaltung die Durchführung der von Kommunen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen konsequenter als bisher kontrolliert und dass ggf. die Personalkapazität entsprechend angepasst wird?

Antwort: Ja, auf jeden Fall

Siehe auch Begründung zu Frage 2. Unter dem Sparzwang der Kommunen darf das ökologische Gleichgewicht nicht weiter an Bedeutung verlieren, sondern muss darüberhinaus mehr gefördert werden. Auch hier bietet sich die Gelegenheit mehr öffentlichen Stellen zu schaffen, die den öffentlichen Kapitalstock in Form unserer Umwelt schützen.

Beste Grüße

Sascha Bahl

Spitzenkandidat und Vorstandsmitglied DIE LINKE. Kreisverband Bergstraße
Geisenbacher Weg 4
69509 Mörlenbach

1. Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in kommunalen und anderen Gebäuden: Machen Sie Bergsträßer Kommunen zu Energiewende-Kommunen mit Kraft-Wärme-Kopplung!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass im Landkreis Bergstraße viele neue KWK-Anlagen in kreiseigenen und anderen Gebäuden eingebaut werden?



JA auf jeden Fall

0

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung Wir von der FLB hatten schon zu einem Zeitraum als noch große AKW Steuergelder in die Bibliser Gemeindekasse flossen mit Engelszungen gefordert alternative Energieträger nicht nur auf öffentlichen Gebäuden zu installieren sondern auch Bürger finanziell zu fördern die dies ebenso realisieren. Leider kam als Kompromisslösung nur eine geringe Bezuschussung bei der Neuanschaffung einer energiesparenden Waschmaschine heraus !
Da ich selbst auf meinem Privatgrundstück mit einer Photovoltaikanlage, einer Batterie die den überschüssigen Strom speichert sowie zusätzliche Solarkollektoren für die Heizung & Warmwasserversorgung recht erfolgreich seit über 5 Jahren in Betrieb genommen habe, stoßen Sie mit Ihrer Forderung nach "vielen KWK-Anlagen" bei uns offene Türen ein. Mit einem entsprechenden Förderprogramm (können auch nur kleine Anreize sein) würden gewiss auch viele mittelständige Unternehmen und Privathaushalte sich hieran beteiligen. Das genug Kapital vorhanden ist zeigen doch die enormen finanziellen Leistungen die derzeit für Griechenland, Flüchtlingshilfe, Türkei, Bundeswehreinsätze.....u.u.u. möglich sind !!!

2. Landfraß begrenzen: Beschränken Sie Flächenverbrauch auf die Vorgaben des aktuellen FNP!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kommunen des Landkreises nicht mehr Siedlungs- und Gewerbeflächen ausweisen als es der jeweils aktuelle Flächennutzungsplan vorgibt?



JA auf jeden Fall

0

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung Wir die FLB haben im Rahmen diverser Tagungen bezüglich der Standortentwicklung von Biblis unter Berücksichtigung der Geographischen Lage im Kreis Bergstraße vehement gefordert, daß vorrangig der Leerstand im Ortskern von Biblis Interessierten Neubürgern angeboten werden solle, um eine entsprechende Flächennutzung von Neubaugebieten zu verhindern.
Hier wurden leider unsere Vorschläge wie z.Bsp. die Zusammenlegung von 3 Feuerwehren auf einen Standort zu verbringen statt 3 neue und erweiterte Feuerwehrgebäude zu errichten (trotz Personalmangel bei den Feuerwehren) nicht akzeptiert.
Wir sind im Gegensatz unserer Mitbewerberparteien nicht der Meinung, daß ein stetiger Wachstum um jeden Preis unsere wirtschaftliche Potenz erhält.
Im Gegenteil ein "Gesundshrumpfen" in allen Bereichen würde gewiss zu einer der Lebensqualität fördernden zukünftigen Lebensweise zuträglich sein.
Eine sofortige Abschaffung oder Verhinderung von privaten Trägern in vielen Bereichen, wie das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Altenheime, Grundversorgungen wie Wasserrechte usw.) müßten das Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein. Mir dreht sich der Magen rum wenn ich die Dividenden die an Aktionäre von Krankenhäusern auf Kosten der Patienten und des Pflegepersonals "erwirtschaftet" und ausgeschüttet werden !

3. Verbessern Sie die Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen!

FRAGE: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Kreisverwaltung die Durchführung der von Kommunen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen konsequenter als bisher kontrolliert und dass ggf. die Personalkapazität entsprechend angepasst wird?



JA auf jeden Fall

NEIN das finde ich nicht richtig

Begründung Das Problem an den Erweiterungsabsichten der meisten Kommunen liegt an der Einstufung wie "Kleinzentrum", "Mittelzentrum", " Kleinstzentrum" und weiterer Pippifaxanforderungen an die Städte und Gemeinden die nur nach Wachstum ausgerichtet sind und je größer, desto höher die Förderungen und Zuschüsse vom "Land" fließen.
Hier werden Kontrollen zu Ausgleichsmaßnahmen nicht viel bringen, man sollte es vermeiden Ausgleichsmaßnahmen erst benötigen zu müssen.

Anmerkung:

Die "Häckchen" bei Ihren 3 Fragen haben wir alle auf "Ja" gesetzt, sind aber bei unserem Ausdruck nicht sichtbar!

Mit den besten Grüßen aus dem strahlenden Biblis

HP Fischer FLB Freie Liste Bergstraße